



Evangelische Volkspartei

Gründung:	1919
Abkürzung:	EVP
Parteipräsidentin:	Marianne Streiff-Feller (BE, seit 2014)
Generalsekretär:	Joel Blunier
Bundesräte:	keine
Internet:	www.evppev.ch / www.evp-biel.ch/de
Kontakt :	info@evppev.ch / info@evp-biel.ch
Jungpartei:	Junge Evangelische Volkspartei
Abkürzung:	*jevpe
Internet :	www.jevp.ch
Kontakt :	info@jevpe.ch
Sitze im Stadtrat:	2
Sitze im Gemeinderat :	keine



Parteistärke:	2003	2007	2011	2015
Wählerstärke:	2.3	2.4	2.0	1.9
Anzahl Sitze im Nationalrat:	3	2	2	2
Anzahl Sitze im Ständerat:	0	0	0	0



GESCHICHTE DER PARTEI

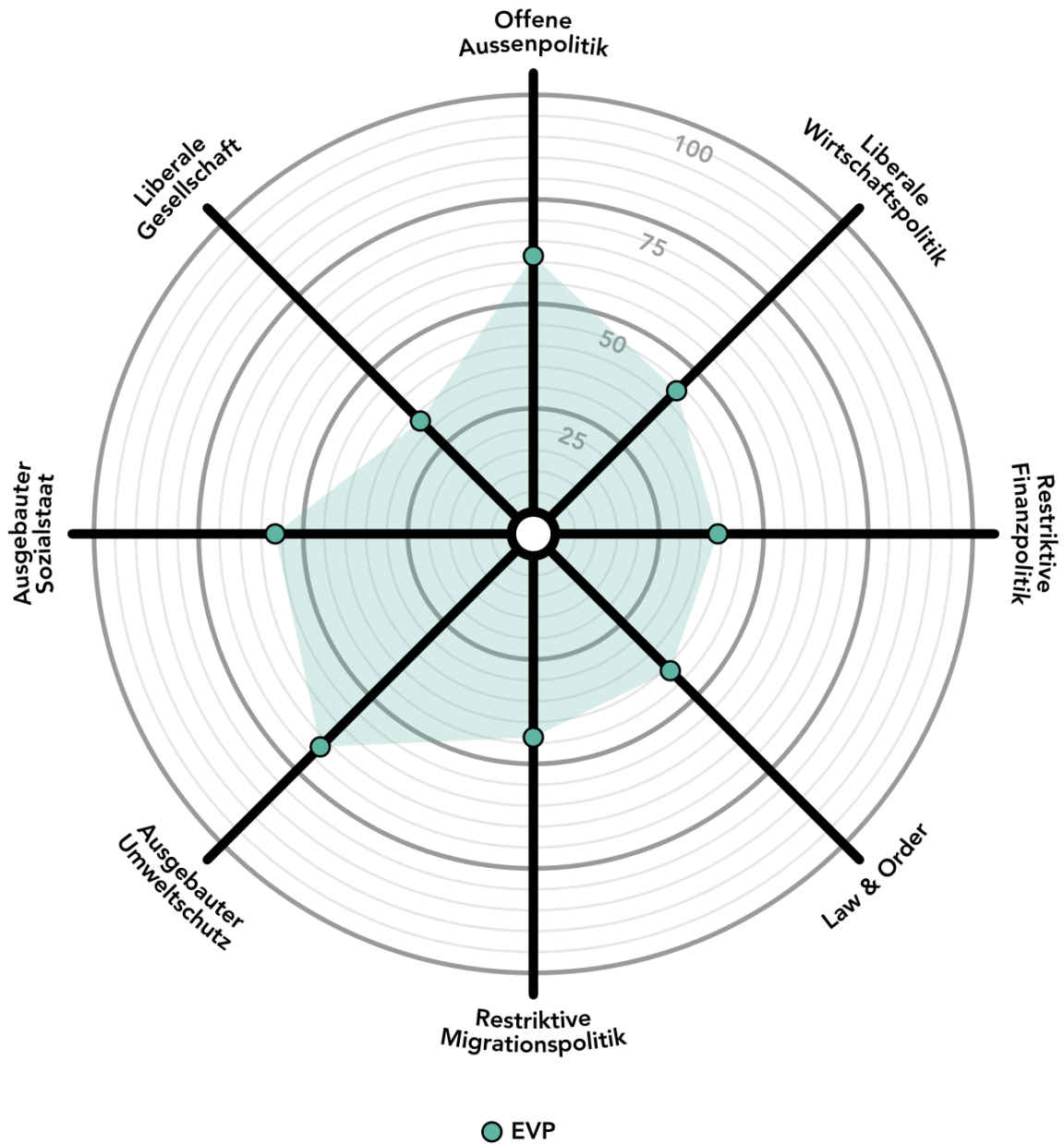
Die Evangelische Volkspartei (EVP) wurde 1919 auf nationaler Ebene gegründet, nachdem im Kanton Zürich 1917 die christlich-protestantische Partei und in Bern 1918 die politische Union der Christlichen Bürger entstanden waren.

Die EVP wurde als protestantisches Pendant zur katholisch-konservativen CVP gegründet, in einer Zeit als die Unterschiede zwischen dem protestantischen und dem katholischen Glauben noch von grosser Wichtigkeit waren. Im Gegensatz zur CVP hat es die EVP nie geschafft, die Wünsche einer grossen Bevölkerungsschicht zu vertreten. Bis heute bleibt die EVP mit ihren christlichen Werten nur ein paar wenigen Deutschschweizer Kantonen vertreten (Bern, Zürich, Aargau, Thurgau und beide Basel). Ihr Einfluss bleibt in der gesamten Schweiz eher gering.

Vom ideologischen Standpunkt aus vertritt die Partei eine eher sozialkonservative Orientation, welche sich auch für umweltpolitische Probleme einsetzt. Die sozialkonservative Position lässt sich vor allem durch ihre strikte Ablehnung des Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare, der aktiven Sterbehilfe und der Lockerung der Regelung für die künstliche Befruchtung, erklären. Die EVP setzt sich jedoch für einen stark ausgebauten Sozialstaat ein. Wie bei der CVP kennt auch die EVP eine breite Meinungsvielfalt, vor allem was die Themen Aussenpolitik und Wirtschaft betrifft.

POLITISCHES PROFIL

Smartspider der FDP



© www.smartvote.ch / www.sotomo.ch

Die smartspider-Grafik basiert auf dem Mittelwert der Antworten aller EVP-Kandidaten welche den smartvote-Fragebogen für die nationalen Wahlen 2015 ausgefüllt haben.

Interpretation: Die smartspider-Grafiken bilden Werthaltungen und politische Einstellungen anhand von acht thematischen Achsen ab. Pro Achse kann ein Wert zwischen 0 und 100 erreicht werden. Ein Wert von 100 steht für eine starke Zustimmung zum formulierten Ziel der entsprechenden Achse. Ein Wert von 0 bedeutet, dass das formulierte Ziel keine Zustimmung erhält.

Weitere Infos unter: https://www.smartvote.ch/downloads/methodology_smartspider_de_CH.pdf

POLITISCHE POSITIONEN

Die folgenden Tabellen zeigen die Mittelposition der Kandidierenden der EVP auf die Fragen von smartvote.

Soziales & Familie		Antwort
1	Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)?	Eher ja
2	Finden Sie es richtig, dass der Bund die ausserfamiliäre Kinderbetreuung finanziell unterstützt?	Eher ja
3	Soll zusätzlich zur Mutterschaftsversicherung ein mehrwöchiger bezahlter Vaterschaftsurlaub eingeführt werden?	Eher ja
4	Würden Sie es begrüssen, wenn gesamtschweizerisch Ergänzungsleistungen für Familien mit tiefem Einkommen eingeführt würden?	Eher ja
5	Befürworten Sie eine Anpassung der Sozialhilfe-Richtlinien, die Leistungskürzungen für Grossfamilien und junge Erwachsene vorsieht?	Eher ja
6	Soll der Umwandlungssatz, der die Höhe der BVG-Rente (2. Säule) regelt, an die gestiegene Lebenserwartung angepasst und von 6.8 auf 6.0% gesenkt werden?	Eher ja

Gesundheit		Antwort
7	Würden Sie eine Erhöhung der Mindestfranchise bei der obligatorischen Krankenversicherung (KVG) von 300 auf 500 CHF befürworten?	Eher ja
8	Soll eine Impfpflicht für Kinder gemäss dem schweizerischen Impfplan eingeführt werden?	Eher nein
9	Sollen Behandlungen mit Methoden der komplementären (alternativen) Medizin nach 2017 weiterhin durch die Grundversicherung (KVG) bezahlt werden?	Eher nein
10	Sollen in der Schweiz vermehrt Spitäler geschlossen werden, um die Kosten im Gesundheitsbereich zu senken?	Eher nein

Bildung & Forschung		Antwort
11	Soll sich der Staat stärker für gleiche Bildungschancen einsetzen (z.B. mit Nachhilfe-Gutscheinen für Schüler/innen aus Familien mit geringem Einkommen)?	Eher ja
12	Befürworten Sie die Harmonisierung von Lehrplänen zwischen den Kantonen (z.B. durch die Projekte Lehrplan 21 oder PER)?	Ja
13	Soll in allen Kantonen in der Primarschule eine zweite Landessprache unterrichtet werden?	Ja
14	Gemäss dem Konzept der integrativen Schule werden Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in regulären Schulklassen unterrichtet. Befürworten Sie dies?	Eher ja
15	Finden Sie es richtig, wenn Schulen Dispense aus religiösen Gründen für einzelne Fächer oder Veranstaltungen bewilligen (z.B. Turn-/Schwimmunterricht, Schullager oder Sexualkundeunterricht)?	Eher nein
16	Sollte der wirtschaftliche Nutzen von Forschungsprojekten bei der Vergabe von Fördergeldern des Bundes stärker berücksichtigt werden?	Eher nein

Migration & Integration		Antwort
17	Würden Sie es befürworten, wenn für Ausländer/innen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, gesamtschweizerisch das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene eingeführt würde?	Nein
18	Soll die Einbürgerung von Ausländer/innen der dritten Generation erleichtert werden?	Ja
19	Soll die Aufenthaltserlaubnis für Migrant/innen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten schweizweit an die Erfüllung verbindlicher Integrationsvereinbarungen geknüpft werden?	Ja

20	Sollte der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert werden?	Eher nein
21	Soll die Schweiz vermehrt Flüchtlingsgruppen direkt aus Krisengebieten aufnehmen, für die das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) Aufnahmeländer sucht (sog. Kontingentsflüchtlinge)?	Eher ja

Gesellschaft & Ethik		Antwort
22	Sollen gleichgeschlechtliche Paare, die in eingetragener Partnerschaft leben, Kinder adoptieren dürfen?	Nein
23	Im Juni 2015 hat das Volk einer Lockerung der Regeln in der Fortpflanzungsmedizin zugestimmt (Abstimmung über die Präimplantationsdiagnostik, PID). Begrüssen Sie diesen Entscheid?	Nein
24	Soll der Konsum von Cannabis sowie dessen Besitz für den Eigengebrauch legalisiert werden?	Nein
25	Würden Sie die Einführung einer Frauenquote in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen börsenkotierter Unternehmen befürworten?	Nein
26	Würden Sie es befürworten, wenn in der Schweiz die direkte aktive Sterbehilfe durch einen Arzt straffrei möglich wäre?	Nein
27	Würden Sie es begrüssen, wenn in der Schweiz die automatische Organspende (Widerspruchslösung) eingeführt würde?	Eher nein
28	Soll sich der Bund aus der Kulturförderung zurückziehen?	Eher nein

Finanzen & Steuern		Antwort
29	Sollen Ehepaare getrennt als Einzelpersonen steuerlich veranlagt werden (Individualbesteuerung)?	Eher nein
30	Haben für Sie Steuersenkungen auf Bundesebene in den nächsten vier Jahren Priorität?	Nein
31	Sollen Bund und Kantone im Rahmen der Unternehmenssteuerreform (USR III) Einbussen bei den Steuereinnahmen in Kauf nehmen, um international mobile Firmen in der Schweiz zu halten?	Eher nein
32	Befürworten Sie die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer auf Wertschriften?	Eher ja
33	Die finanzstarken Kantone möchten ihre Beitragszahlungen an die finanzschwachen Kantone im Rahmen des Finanzausgleichs (NFA) deutlich reduzieren. Unterstützen Sie dieses Anliegen?	Eher nein
34	Soll das Bankgeheimnis im Inland gegenüber schweizerischen Steuerbehörden aufgehoben werden?	Eher ja

Wirtschaft & Arbeit		Antwort
35	Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 4'000 CHF (für eine Vollzeitstelle)?	Eher nein
36	Soll der Kündigungsschutz für ältere Angestellte (über 50 Jahre) ausgebaut werden?	Eher nein
37	Sollen die Direktzahlungen zur Förderung der Bio-Produktion zulasten der konventionellen Landwirtschaftsbetriebe erhöht werden?	Eher nein
38	Sollte sich die Regionalpolitik des Bundes künftig stärker auf die wirtschaftliche Förderung in Städten und Agglomerationen konzentrieren?	Eher nein
39	Sollten die bestehenden Importerleichterungen für Lebensmittel aus der EU (Cassis-de-Dijon-Prinzip) abgeschafft werden?	Eher nein
40	Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Festlegung der Öffnungszeiten nach freiem Ermessen)?	Nein
41	Befürworten Sie ein generelles Werbeverbot für Alkohol und Tabak?	Ja

Energie		Antwort
42	Befürworten Sie eine vollständige Liberalisierung des Strommarktes (auch für KMU und Privathaushalte)?	Eher ja

43	Eine Volksinitiative verlangt den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2029. Befürworten Sie dies?	Eher ja
44	Sollen für den Bau und den Ausbau von Wind-, Solar- und Wasserkraftwerken die Vorschriften des Umwelt- und Landschaftsschutzes gelockert werden?	Eher ja
45	Bislang wird auf fossile Brennstoffe (Heizöl, Erdgas) eine CO ₂ -Abgabe erhoben. Soll diese Abgabe auch auf Treibstoffe (z.B. Benzin, Diesel) ausgeweitet werden?	Ja

Umwelt & Transport		Antwort
46	Soll das geltende Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere in der Schweizer Landwirtschaft über das Jahr 2017 hinaus verlängert werden?	Ja
47	Befürworten Sie eine Lockerung der Schutzbestimmungen für Grossraubtiere (Luchs, Wolf, Bär)?	Eher nein
48	Befürworten Sie ein Verbot der Nutzung von Gebirgslandeplätzen für rein touristische Helikopterflüge (z.B. Heliskiing)?	Ja
49	Im Hinblick auf die Sanierung des Gotthardstrassentunnels hat das Parlament den Bau einer zweiten Röhre beschlossen. Befürworten Sie dies?	Eher nein
50	Sollen stark befahrene Autobahnabschnitte (z.B. Bern–Zürich oder Lausanne–Genf) auf durchgehend drei Spuren ausgebaut werden?	Eher nein
51	Eine Volksinitiative fordert, dass die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz auf dem heutigen Stand begrenzt wird. Befürworten Sie dieses Anliegen?	Eher ja

Institutionen		Antwort
52	Sollte die Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen vollständig offengelegt werden?	Ja
53	Die Entscheide des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sind für die Schweiz verbindlich. Finden Sie dies richtig?	Ja
54	Würden Sie die Einführung eines obligatorischen allgemeinen Bürgerdienstes (Militär-, erweiterter Zivildienst oder Miliz-Engagement in der Gemeinde) für Männer und Frauen befürworten?	Eher ja

Justiz & Sicherheit		Antwort
55	Befürworten Sie eine deutliche Reduktion des aktuellen Armeebestands auf höchstens 100'000 Soldaten? → 100'000 soldats maximum?	Eher ja
56	In den letzten Jahren wurden die Regeln zum Erwerb und Besitz von Waffen verschärft. Befürworten Sie diese Entwicklung?	Ja
57	Sollen die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mail-Verkehrs ausgeweitet werden?	Eher nein
58	Soll das Jugendstrafrecht in Zukunft mehr Gewicht auf das Verbüssen längerer Haftstrafen in geschlossenen Anstalten als auf Resozialisierungsmassnahmen legen?	Eher nein
59	Die Schweiz hat eines der strengsten Gesetze betreffend Geschwindigkeitsübertretungen im Strassenverkehr ("Raser"-Gesetzgebung). Sollte dieses gelockert werden?	Nein
60	Soll die Schweiz das Schengen-Abkommen mit der EU kündigen und wieder verstärkte Personenkontrollen direkt an der Grenze einführen?	Nein

Aussenpolitik		Antwort
61	Soll die Schweiz innerhalb der nächsten vier Jahre EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	Nein
62	Hat für Sie die strikte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative Priorität gegenüber dem Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU?	Nein
63	Soll die Schweiz mit den USA Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufnehmen?	Eher ja

64	Sollen die Haftungsregeln für Unternehmen aus der Schweiz in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards im Ausland verschärft werden?	Ja
65	Soll sich die Schweizer Aussenpolitik stärker an einer strikten Auslegung der Neutralität orientieren?	Eher nein

Die folgende Tabelle zeigt die Mitteposition der Kandidierenden der FDP zu den Fragen des Budgets.

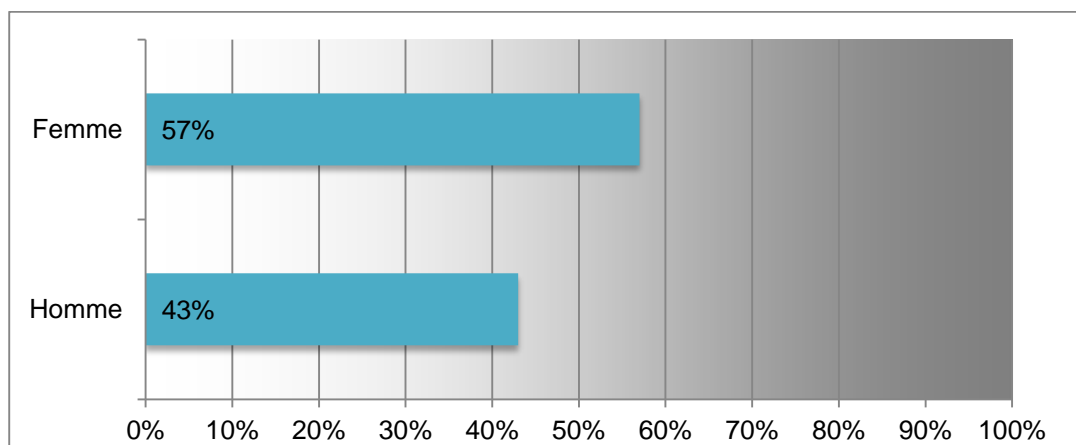
	Bundesaussgaben	Antwort
66	Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit (3'000 Mio. CHF)	Erhöhen
67	Landesverteidigung (4'700 Mio. CHF)	Reduzieren
68	Öffentliche Sicherheit (1'100 Mio. CHF)	Nicht ändern
69	Bildung & Forschung (7'400 Mio. CHF)	Nicht ändern
70	Soziale Wohlfahrt (22'400 Mio. CHF)	Nicht ändern
71	Strassenverkehr (3'100 Mio. CHF)	Nicht ändern
72	Öffentlicher Verkehr (5'300 Mio. CHF)	Nicht ändern
73	Umwelt und Raumordnung (1'500 Mio. CHF)	Nicht ändern
74	Landwirtschaft (3'700 Mio. CHF)	Nicht ändern
75	Beiträge an die Kantone im Rahmen des Finanzausgleichs (3'200 Mio. CHF)	Nicht ändern

WÄHLERPROFIL

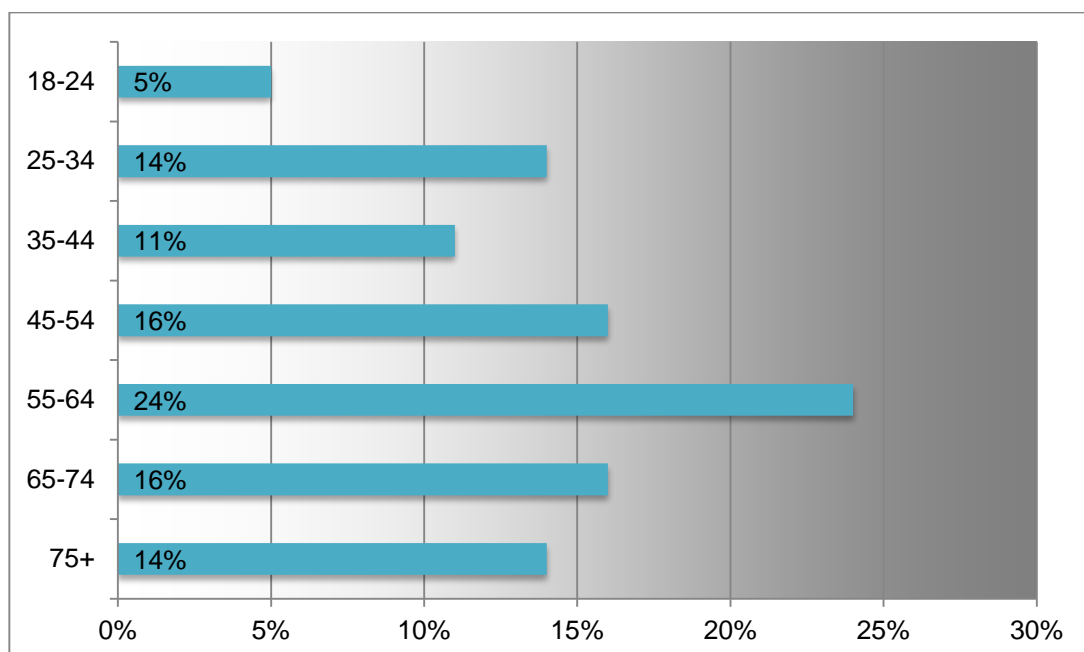
Die folgenden Daten zeigen auf, wer genau die Wähler der EVP sind. Die Daten stammen aus den nationalen Umfragen SELECTS von 2011. Diese repräsentative Umfrage wurde nach den Nationalen Wahlen 2011 durchgeführt. Über 3'000 Personen wurden dabei telefonisch befragt.

Lesehilfe: Die Gesamtheit der Schweizer Wählerschaft kann nach verschiedenen Kriterien kategorisiert werden (z.B. Alter, Geschlecht, Beruf). Die folgenden Abbildungen beschreiben die Charakteristiken der EVP-Wähler von 2011. Zum Beispiel; wenn das Balkendiagramm einen Wert von 57% für die Kategorie „weiblich“ anzeigt, so bedeutet dies, dass 57% all jener, die für die EVP gestimmt haben, Frauen sind.

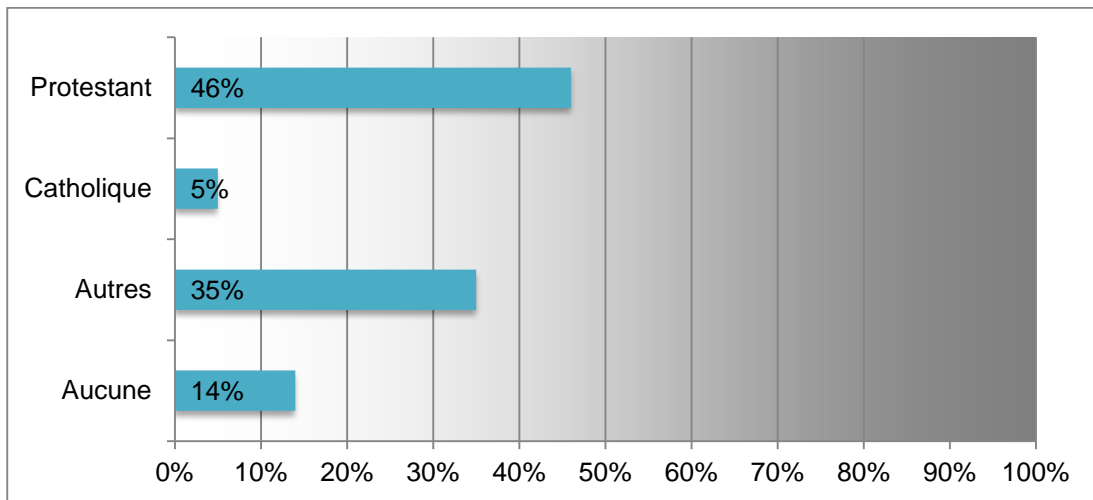
Geschlecht EVP



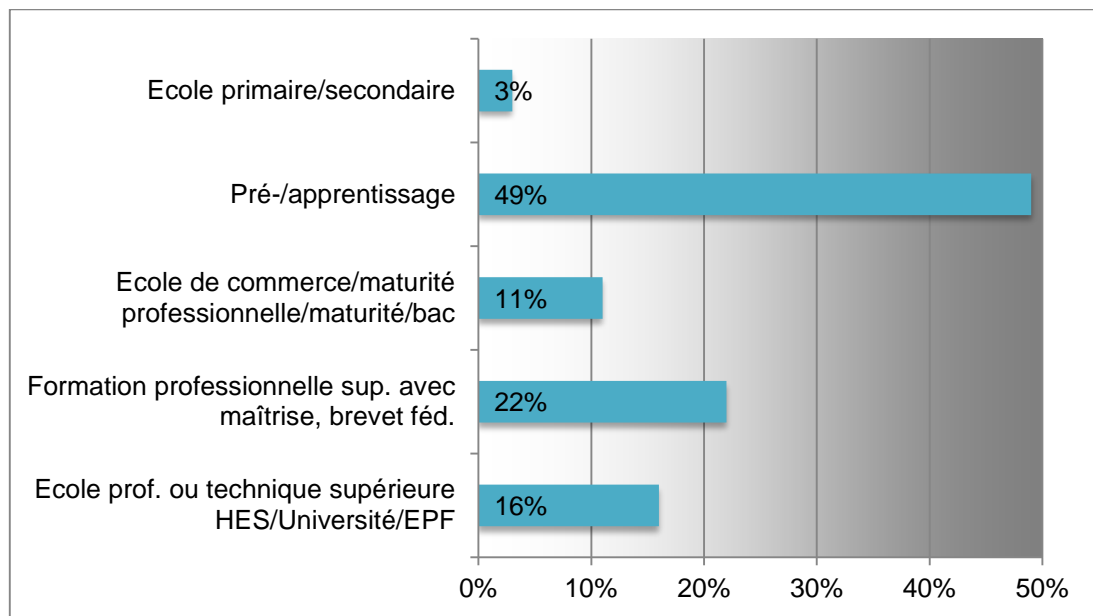
Alter EVP



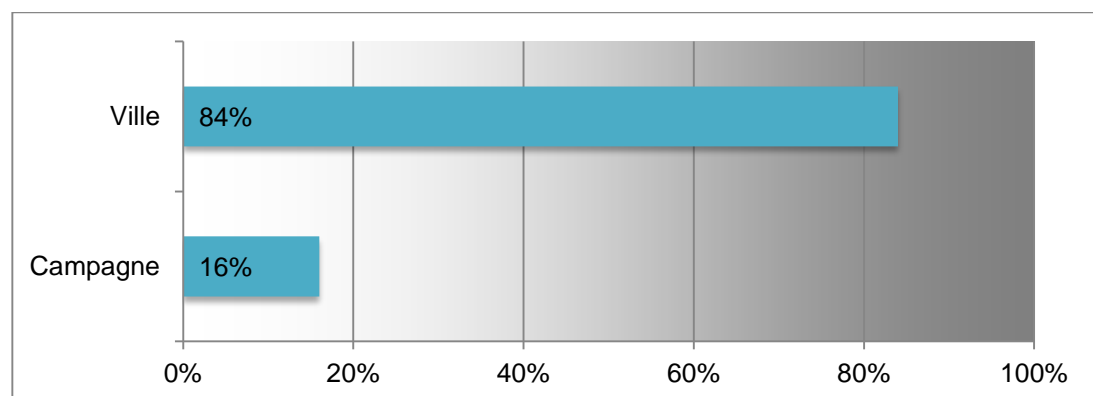
Konfession EVP



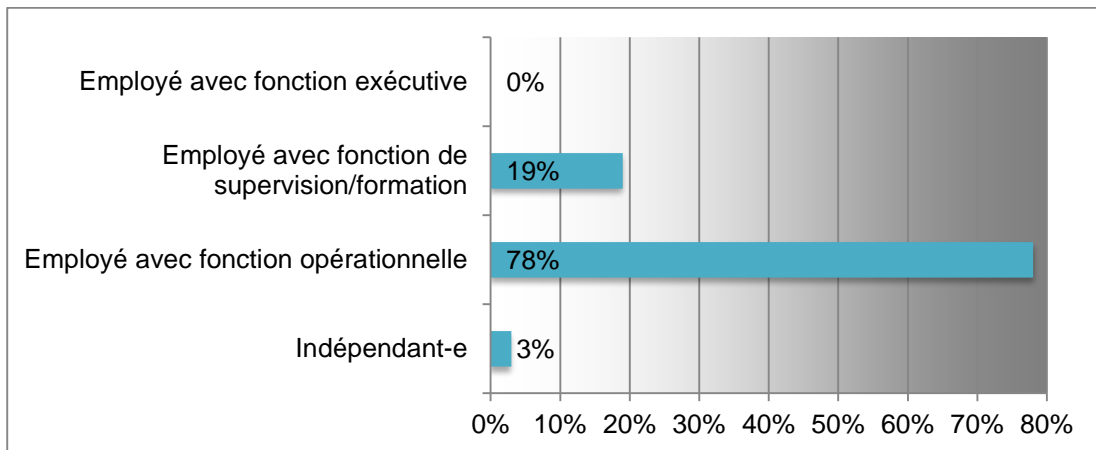
Bildung EVP



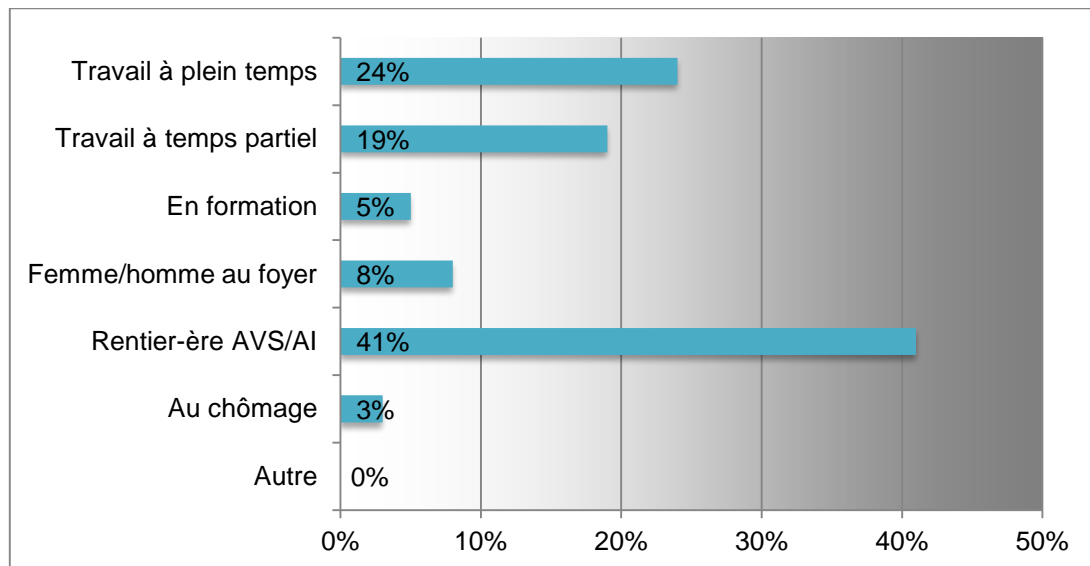
Region EVP



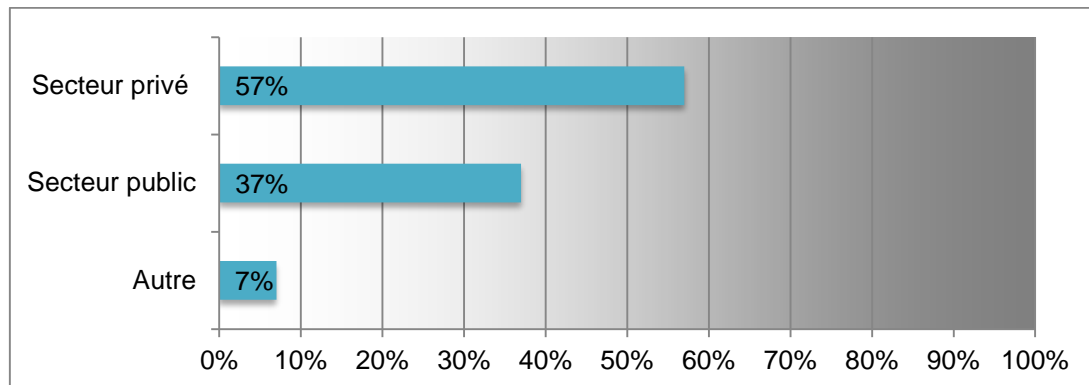
Berufliche Situation EVP



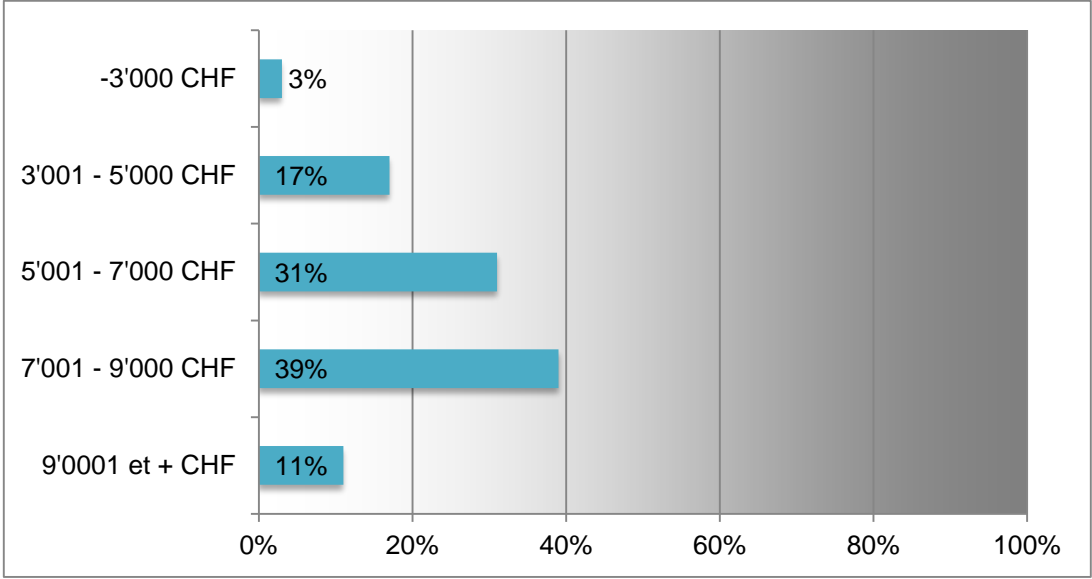
Aktuelle Beschäftigung EVP



Sektor EVP



Monatseinkommen EVP (Haushalt)



Kontakt für weitere Informationen:

smartvote Postfach 834
3000 Bern 9
kontakt@smartvote.ch 033 534 99 15